

<b>Zeitschrift:</b>	Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
<b>Band:</b>	74 (1977)
<b>Heft:</b>	11
<b>Rubrik:</b>	Entscheidungen

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

1. Für XY (Personalien des Kindes und der Mutter) wird Beistandschaft nach Art. 309 ZGB angeordnet.
2. Zum Beistand wird ernannt . . . und eingeladen:
  - a) für die Feststellung des Kindesverhältnisses zum Vater sowie für die Geltendmachung angemessener Unterhaltsbeiträge besorgt zu sein, wozu ihm Prozessvollmacht mit Substitutionsrecht eingeräumt wird;
  - b) die Mutter des Kindes in der nach den Umständen gebotenen Weise zu beraten und zu betreuen;
  - c) sich im Einvernehmen mit der Mutter über das Wohlergehen des Kindes laufend Rechenschaft zu geben sowie der Vormundschaftsbehörde Bericht und Antrag zu unterbreiten, sobald zum Schutze des Kindes Massnahmen nach Art. 307 bis 312 ZGB angeordnet werden sollten;
  - d) Ordentlicherweise auf den . . . Bericht zu erstatten, wobei über Aufhebung oder Weiterführung der Beistandschaft sowie nötigenfalls über die Anordnung von Kindeschutzmassnahmen Antrag zu stellen ist.
3. Gegen diesen Beschluss kann innert 10 Tagen, von der Zustellung an gerechnet, in schriftlich begründeter Eingabe bei . . . (Aufsichtsbehörde) Vormundschaftsbeschwerde gemäss Art. 420 ZGB eingereicht werden.
4. Mitteilung an . . .
5. Gebühren und Kosten.

## Entscheidungen

### **Bedürftigkeitskriterien für unentgeltliche Rechtspflege**

(Von unserem Bundesgerichtskorrespondenten)

Im Hinblick auf Rechtsbegehren, die nicht aussichtslos erscheinen, gewährt das Bundesgericht die unentgeltliche Rechtspflege, falls die rechtsuchende Person so bedürftig ist, dass der Vorschuss von Prozesskosten oder deren Sicherstellung sie zwingen würde, den Betrag vom Existenzminimum abzusparen, dessen sie zum eigenen Unterhalt und zu jenem ihrer Familie bedarf. Das Waadtländer Gesetz über die unentgeltliche Rechtspflege in Zivilsachen geht von den gleichen Kriterien aus. Dennoch kam es zu einer Meinungsverschiedenheit über die Gewährung dieser Hilfe zwischen dem Waadtländer Büro für unentgeltliche Rechtspflege einerseits und der Staatsrechtlichen Kammer des Bundesgerichtes anderseits, die ihre Ansicht durchsetzte. Sie ist von grundsätzlichem Interesse.

Ein in Scheidung befindlicher Ehemann, der monatlich rund 2000 Fr. verdiente, war durch vorsorgliche richterliche Massnahme verhalten worden, Frau und Kindern einen monatlichen Unterhaltsbeitrag von 800 Fr. und einen Prozesskostenbeitrag von insgesamt 1200 Fr., abzahlbar in monatlichen Raten von je 150 Fr., abzuliefern. Er suchte beim genannten Büro um Bewilligung unentgeltlicher Rechtspflege nach. Da

verneinte dieses, dass er als bedürftig gelten könne, solange er verpflichtet bleibe, seiner Frau den Prozesskostenbeitrag auszurichten.

Das Bundesgericht war der Meinung, die Bezahlung des Lebensunterhalts seiner Familie habe den Vorrang vor dem Prozesskostenbeitrag an die Frau, der zur Wahrnehmung ihrer Rechte geschuldet ist. Die Bezahlung des Prozesskostenbeitrags könne dem Manne sogar nur auferlegt werden, wenn dessen Leistung nicht auf den Mindestbetrag übergreife, der zum Lebensunterhalt sowohl des Mannes als auch seiner Familie erforderlich ist.

Dennoch darf die Bedürftigkeit und damit die unentgeltliche Rechtspflege nicht einfach deshalb verweigert werden, weil ein Richter zum Schlusse gekommen ist, der Gesuchsteller vermöge neben dem Lebensunterhalt auch noch für einen Prozesskostenbeitrag an die Ehefrau aufzukommen. Die über die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege entscheidende Behörde muss vielmehr nach Ansicht des Bundesgerichtes auch diesen Prozesskostenbeitrag bei den Lasten berücksichtigen, die der Gesuchsteller zu tragen hat.

Denn zu den Unterhalts- und Hilfeleistungspflichten des Ehemannes im Sinne von Artikel 159 und 160 des Zivilgesetzbuches gehört nicht nur der eigentliche Lebensunterhalt, sondern auch die Befriedigung nicht materieller Bedürfnisse wie des Rechtsschutzbedürfnisses der Ehefrau, und zwar selbst im Scheidungsverfahren. Wird vom Ehemann für die Kosten des Rechtsschutzes der Ehefrau im Scheidungsprozess gesorgt, so bedarf sie der unentgeltlichen Rechtspflege nicht.

Nach der bundesgerichtlichen Rechtsprechung hat die Unterhaltpflicht des Ehemannes den Vorrang vor dem Gewähren unentgeltlicher Rechtspflege seitens des Staates. Es muss vor deren Gewährung geprüft werden, was dem Ehemanne nach Erfüllung jener Pflicht verbleibt. Wenn er nach Abzug seines persönlichen Notbedarfes nicht mehr über genügend Mittel verfügt, um die ihm persönlich obliegenden Prozesskostenvorschüsse zu leisten, so muss er als bedürftig angesehen werden. Es kann ihm nicht das Ansinnen gestellt werden, zunächst eine Befreiung vom Prozesskostenbeitrag an die Ehefrau zu erlangen, und dies mit der Begründung, solange ihm eine solche Beitragsleistung zugesummt werden könne, sei er nicht bedürftig. Eine derartige Entscheidung über den Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege muss, dem Bundesgericht zufolge, zum Zwecke neuer, verbesserter Beurteilung aufgehoben werden. (Urteil vom 18.5.77) Dr. R.B.

## Literatur

*Mehringer Andreas*: Heimkinder, Gesammelte Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart der Heimerziehung. Ernst Reinhardt-Verlag, München/Basel, 1976, 206 Seiten.

Dr. Andreas Mehringer leitete während Jahrzehnten das Münchner Waisenhaus. Es spricht also ein Praktiker zu uns, ein Praktiker allerdings, der

seine Praxis gründlich durchdacht und sich in der einschlägigen Literatur stets auf dem laufenden gehalten hat. Sein Buch gliedert sich in folgende Kapitel: I. Geschichte des Heimwesens, wobei er zeitgenössische Quellen zitiert und auch Pestalozzis ehrend gedenkt, II. Verteidigung der Familiengruppe, III. Die kleine Heilpädagogik, mit folgenden Unterabschnitten: 1. Sozialwaisen, 2. Vom Umgang mit verhaltengestörten Kindern,